

Der Klassenkampf von oben ist kein Kampf

Nach der Finanzkrise war die neoliberale Umverteilung von unten nach oben stark in der Kritik. Warum der „autoritäre Kapitalismus“ trotzdem weiterbesteht, erklärt **Silke van Dyk** im Interview mit **Lea Susemichel**.

an.schläge: **Wodurch zeichnet sich der „Klassenkampf von oben“ aus?**

Silke van Dyk: Damit ist eine Politik gemeint, die in radikaler Weise von unten nach oben umverteilt – etwa durch Privatisierungen und die Kürzung von Sozialleistungen. Doch der Klassenkampf wird auf eine Weise geführt, gegen die sich viele nicht mehr zur Wehr setzen, weil diese Politik im Modus von Technokratie, ExpertInnen-tum und Pragmatismus vollzogen wird. Sie wird aus dem politischen Streit genommen und zur Notwendigkeit erklärt, was bei vielen Ohnmacht und Fatalismus erzeugt. Diese Doktrin der vermeintlichen Alternativlosigkeit

Street beispielsweise fehlte es an Visionen, wie man nicht nur ein Camp, sondern auch eine Gesellschaft basisdemokratisch organisieren kann.

Aber auch die diskursive Delegitimierung neoliberaler Politik scheint nicht sehr nachdrücklich gewesen zu sein.

Colin Crouch hat das „The strange Non-Death of Neoliberalism“ genannt. Denn es hat auf der diskursiven Ebene durchaus eine sehr weitreichende Diskreditierung gegeben. Auch das Spektrum derjenigen, die eine deregulierte, neoliberale Ökonomie ablehnen, ist viel größer geworden.

Genau. Und beide Positionen treffen sich in ihrem Antipluralismus. Der autoritäre Populismus behauptet, die einzig richtige Position leite sich aus einem ominösen Willen des Volkes ab. Der autoritäre Kapitalismus leitet sie hingegen aus Markterfordernissen ab. In beiden Fällen gibt es also eine dem Politischen entzogene Instanz, die als alternativlos gilt.

Was aber keinesfalls heißen soll, dass ich die beiden Positionen gleichsetzen will, es wird ja oft behauptet, der Rechtspopulismus sei bloß der unappetitliche Arm des Neoliberalismus, das halte ich definitiv für falsch. Genauso falsch übrigens wie die gegenteilige These, dass die neoliberale Phase rechtspopulistischer Politik vorbei sei.

„Das katapultiert die Debatte um emanzipatorische Politik Jahrzehnte zurück.“

keit ist extrem erfolgreich und perfide, denn der Klassenkampf wird so gar nicht als Kampf geführt, sondern rein technokratisch durchgesetzt.

Allerdings ist die Akzeptanz dieser Alternativlosigkeit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erschüttert worden. Denn dass plötzlich Hunderte Milliarden zur Verfügung standen, um Banken zu retten, hat doch die berechtigte Frage aufgeworfen, warum denn dann nie Geld für soziale Leistungen oder Infrastruktur da ist.

Allerdings war diese Erschütterung nicht sehr nachhaltig. Wieso ist es Ihrer Meinung nach der Finanzkrise nicht gelungen, linke Politik zu stärken?

Es ist leider nicht gelungen, tragfähige Strukturen aufzubauen. Occupy Wall

Selbst Institutionen wie die Weltbank, der IWF, die OECD, also die einstigen Speerspitzen neoliberaler Deregulierung und Umverteilung, problematisieren heute soziale Ungleichheit, wenn auch nicht aus ethischen, sondern aus wachstumspolitischen Gründen. Es gibt also ein großes „Window of Opportunity“ für Veränderungen, aber trotzdem wird diese Politik fortgeführt. Das hat auch damit zu tun, dass neoliberale Politik zunehmend autoritär durchgesetzt wird, was sich auf EU-Ebene insbesondere gegenüber Griechenland gezeigt hat.

Sie sprechen davon, dass die Demokratie, die es zu verteidigen gilt, im Zangengriff von „autoritärem Kapitalismus“ und autoritärem Populismus steckt.

Aber mitunter ist Ersteres durchaus der Fall, oder? Auch wenn RechtspopulistInnen gerne behaupten, Politik für „den kleinen Mann“ zu machen, trägt die FPÖ hierzulande den Sozialabbau der ÖVP willfährig mit.

Natürlich gibt es autoritär populistische Parteien, die wirtschaftsliberale Positionen vertreten, aber eben nicht alle. Marine Le Pen oder der völkische Flügel der AfD stehen z. B. eher für eine national-soziale Politik. Es gibt bei vielen populistischen Parteien anti-neoliberale (und selbstverständlich erst recht anti-liberale) Positionen, die den Strategien bestimmter Kapitalfraktionen klar entgegengesetzt sind.

Allerdings geben sie ihrer Klientel ein anti-neoliberales Versprechen, das aber kein emanzipatorisches Versprechen ist: Sie inszenieren sich als Anwälte der „kleinen Leute“ (bevorzugt der *weißen*, einheimischen Männer),

